



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 27. November 2024

3990. 2023/245

Postulat von Michael Schmid (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 24.05.2023:

Reduzierung der Anzahl weisser Parkplätze um das 5-Prozent-Quantil der freien Parkplätze im Parkhaus bis zu einer Entfernung von fünf Gehminuten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1825/2023): Der Satz «Ich habe keinen Parkplatz gefunden, darum musste ich ins Parkhaus» zeigt die Denkweise auf, dass Parkplätze in Parkhäusern nicht als solche in Betracht gezogen werden. Ein Abstellplatz in Parkhäusern kostet nämlich mehr. Parkplätze werden meist mit grossem Aufwand im Untergrund gebaut und stehen trotzdem mit grossen Überkapazitäten leer, wenn nicht gerade ein Spezialanlass stattfindet. Mit diesem Postulat lösen wir drei Probleme. Erstens erreichen wir eine bessere Ausnutzung der Parkhausinfrastruktur. Zweitens erhalten wir freien Platz auf der Oberfläche, den wir der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen können. Drittens vermeiden wir Parkplatzsuchverkehr. Wenn es klar ist, dass es an einem Ort keine Strassenparkplätze gibt, sucht man nicht danach. Stattdessen ist von Anfang an klar, dass man ins Parkhaus muss. Das Parkleitsystem hilft, das Parkhaus zu finden, das noch freie Plätze hat. Unsere Forderung steht in Einklang mit dem kommunalen Richtplan, der im Abschnitt 6.2 für die Ziele der Parkierung Folgendes festschreibt: «Die Strategien für Parkierungsanlagen sind mit den Ansprüchen einer hohen Aufenthaltsqualität in der City abzustimmen. In der City und den citynahen Gebieten werden deshalb oberirdische Parkplätze gesamthaft reduziert. Die damit freigestellten Verkehrsflächen sind in Fussgänger-, Velo-, Grün- oder Aufenthaltsbereiche sowie zur Aufwertung des Stadtraums umzugestalten. Im gesamten Stadtgebiet sollen nach Möglichkeit unterirdische Parkierungsanlagen und private Sammelgaragen zur Abdeckung des Bedarfs an Parkplätzen dienen. Die durch eine Verlagerung von oberirdischen Parkplätzen freigestellten Verkehrsflächen sind in Fussgänger-, Velo- und Grünbereiche umzugestalten sowie eine hohe Aufenthaltsqualität zu schaffen». Das Postulat macht einen Vorschlag, wie die Überkapazitäten in öffentlichen Parkhäusern berechnet werden können. Da es sich bei diesem Geschäft um einen Prüfauftrag handelt, sind wir bei der Methode aber flexibel. Weniger flexibel sind wir im Grundsatz; wir finden, dass die im Richtplan verbindlich festgelegten Ziele von der Verwaltung oft ignoriert werden.



Vom Stadtrat möchte ich wissen, wieso er das Postulat ablehnt und wieso man sich bei der Strassenplanung nicht an die Richtplanvorgaben hält.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Das Anliegen des Postulats ist grundsätzlich nachvollziehbar. Der kommunale Richtplan schreibt behördenverbindlich vor, dass im Kreis 1 und in den city-nahen Gebieten oberirdische Parkplätze gesamthaft reduziert werden müssen. Mit den freiwerdenden Verkehrsflächen sollen Fussgänger*innen und die Velofahrenden mehr Platz bekommen und die Aufenthaltsqualität soll verbessert werden. Allerdings verlangt der kommunale Richtplan Verkehr auch, dass bei der Verlagerung von Parkplätzen in den Untergrund die Bedürfnisse des Gewerbes, der Geschäfte und der Kundschaft angemessen zu berücksichtigen sind. Vor diesem Hintergrund prüfen wir laufend, wo weisse Parkplätze zugunsten von anderen Nutzungsbedürfnissen aufgehoben werden können. Auch leerstehende Parkhäuser können in diese Abwägung einfließen. Eine starre mathematische Regel, wie sie im Postulat vorgeschlagen wird, ist nicht zielführend. Es ist zu bezweifeln, ob eine solche Regelung als Begründung vor Gericht standhalten kann.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Das Postulat ist so technokratisch formuliert, dass es eigentlich von der GLP sein müsste. Inhaltlich sind wir an einem anderen Punkt. Den Parkplatzabbau unterstützen wir, wenn es dafür Bäume, Velowege und weiteres gibt. Doch Parkplätze abzubauen, um des Abbaus willen, ist nicht unsere Politik. Der Richtplan ist und bleibt behördenverbindlich, ein weiteres Postulat dazu ist unnötig.*

Derek Richter (SVP): *Ich verstehe das Postulat so, dass ihr indirekt mehr Autos und mehr Verkehr wollt, um die Parkhausparkplätze zu füllen. Die SVP will das Gegenteil, nämlich indirekt weniger Autos, mehr freie Plätze im öffentlichen Verkehr und mehr freie Wohnungen. Die AL spricht von rarem öffentlichem Raum, der tatsächlich aus allen Nähten platzt. Parkhäuser sind für Gewerbefahrzeuge wegen ihrer Höhen- und Breitenbeschränkung nicht nutzbar. Offene Parkplätze erfahren durch Gewerbefahrzeuge eine hohe Nutzung. Wie man hier von einer chronischen Unterbelegung schreiben kann, entzieht sich uns. Die horrenden Parkgebühren tragen ebenfalls zu diesem Trend bei. Diese sollten gesenkt werden, um einen Ausgleich zu finden. Mit solchen Massnahmen wird der Mittelstand aus der Stadt vertrieben. Die AL setzt sich indirekt für die Reichen ein, die sich das noch leisten können. Die SVP ist beim Stadtrat und lehnt den Vorstoss ab.*

Severin Meier (SP): *Die SP teilt die Stossrichtung des Postulats. Unseren knappen öffentlichen Raum für das Abstellen von privaten Autos zu nutzen, ist stossend. Es gibt so viele andere wichtige Bedürfnisse zu erfüllen. Darum ist es zu begrüßen, dass die Stadt in letzter Zeit im grösseren Stil Parkplätze abbaut. Gegen die Aufhebung von Parkplätzen werden konsequent Rechtsmittel ergriffen. Es sind unzählige Verfahren im Gang. Momentan ist es wichtig, dass die Stadt alle Verfahren gewinnt und positive Präzedenzfälle*



3 / 3

schaft. Das gelang bisher gut. Entscheidend für positive Urteile in solchen Fällen ist oft, dass die Stadt juristisch gut begründen kann, warum die Parkplätze aufgehoben werden müssen. Mit diesem Postulat wird ein Abbau für die bessere Auslastung der Parkhäuser verlangt. Das ist für uns juristisch nicht stichhaltig genug, um vor Gericht zu überzeugen. Unsere Befürchtung ist, dass die Stadt damit nicht durchkommen wird, was zu negativen Präzedenzfällen führen würde. Darum erachten wir die Stossrichtung als richtig, aber das Postulat als kontraproduktiv. Entsprechend enthalten wir uns.

Michael Schmid (AL): *Es erstaunt mich, dass STR Karin Rykart die Bedürfnisse der Geschäfte ins Feld führt. Natürlich sollen diese in Betracht gezogen werden. Bei den weissen Parkplätzen geht es ja darum, dass die Kundschaft für längere Zeit ihr Auto abstellt, um in der Stadt etwas zu erledigen. Dafür kann sie ihr Auto auch in die Tiefgarage stellen. Für den Güterumschlag von Geschäften stehen wir oberirdischen Abstellfeldern nicht im Weg. Wie ein Gericht zum Schluss kommen soll, dass Parkplätze nicht abgebaut werden dürfen, ist mir angesichts der gerichtlichen Vorstellung, dass kein Anspruch auf einen Parkplatz im öffentlichen Raum besteht, nicht schlüssig. Bei der Aufhebung der Parkplätze sind Alternativen aufzuzeigen, die im Postulat ja gefordert sind.*

Das Postulat wird mit 26 gegen 56 Stimmen (bei 36 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat